

# Protokollauszug

aus der  
32. öffentliche/nichtöffentliche (außerordentliche) Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport  
vom 28.03.2023

---

öffentlich

## Top 9.6 Gemeinsamer Brief von ABS und JHA ans MBS zu den geplanten Lehrpersonalkürzungen

Frau Lange bringt das Anschreiben zum offenen Brief ein. Ferner weist Sie darauf hin, dass am 24.03.2023 ein Gesprächstermin mit der Ministerin Ernst stattgefunden hat. Anwesend waren für den Bildungsausschuss: Frau Lange, Frau Schkölziger und Frau Hagemann-Rentzsch. Für den Jugendhilfeausschuss haben Herr Reimann und fünf weitere VertreterInnen teilgenommen. Trotz der Bekräftigung der beiden Ausschüsse und auch der Kritik in der Landtagssitzung vertritt die Ministerin weiterhin ihr Vorgehen der Stellenumsetzung bzw. –kürzung. Man habe sich deshalb mit dem Jugendhilfeausschuss verständigt, zum bereits beschlossenen offenen Brief des Jugendhilfeausschusses vom 16.03.2023, ein Anschreiben zu formulieren.

In der sich anschließenden Diskussion bringt Frau Becker folgende Änderung zum Anschreiben ein:

Die beabsichtigte Umwidmung von 200 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Stellen für Schulsozialarbeit und Schulassistenz muss einhergehen mit der **Prüfung zur langfristigen Schaffung weiterer Stellen für Lehrkräfte.**

Frau Schkölziger bringt folgende Änderung ein:

~~Nach Diskussion der momentan von Ihnen geplanten Änderungen hat der (haben der)? Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Potsdam am 16.3.2023 (und der Ausschuss für Bildung und Sport am...) ? nachfolgenden Offenen Brief beschlossen. Wir bitten um Kenntnisnahme und Stellungnahme, vielen Dank.~~

**Flankiert werden muss es mit dem zügigen Ausbau der multiprofessionellen Arbeit an Schulen. Dafür erwarten wir zeitnah entsprechende Pläne.**

In der sich anschließenden Diskussion zu den eingebrachten Änderungsvorschlägen, zieht Frau Becker ihre Änderung zurück.

Frau Lange stellt den offenen Brief des Jugendhilfeausschusses vom 16.03.2023 zur Abstimmung.

### Abstimmung:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

Der offene Brief des Jugendhilfeausschusses wird **abgelehnt**.

Frau Lange stellt die Änderung von Frau Schkölziger zum Anschreiben zur Abstimmung.

## Anschreiben zum Offenen Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin Ernst,

herzlichen Dank für das am 24.03.2023 im Landtag Brandenburg stattgefundene Gespräch zwischen Ihnen, Vertreter\*innen des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Bildung und Sport sowie der Elternvertretungen der Landeshauptstadt Potsdam.

In Auswertung der Konsultation bleibt die Herausforderung, die aktuelle Brandenburger Bildungspolitik mit einem transparenten strategischen Bildungsgestaltungsplan für die kommenden Jahre zu hinterlegen. Aktuelle Gestaltungsspielräume könnten so besser eingeordnet und durch die Einbeziehung von Akteur\*innen aus Schule, Jugendhilfe und evtl. weiterer Fachbereiche zielgerichteter entwickelt werden.

Die aktuellen Herausforderungen, welche durch die Pandemie verschärft wurden, bedürfen einer Initiative mit Augenmaß, um zu ermöglichen, die Situation von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern.

Hierzu zählen Aufgaben und Herausforderungen wie:

- ganzheitliche Bildungsprozesse
- präventive und proaktive pädagogische Arbeit
- Konfliktbewältigung und soziales Miteinander
- Übergangsorientierung von Bildungsgängen
- Talent- und Begabtenförderung
- Bildungsgleichheit als Ziel für besondere Förderung zur Überwindung von struktureller Benachteiligung
- Inklusion und Benachteiligtenförderung
- zunehmende Multinationalitäten der Schülerinnen und Schüler sowie
- Demokratieerziehung und Demokratiebildung
- Medienkompetenz

Die beabsichtigte Umwidmung von 200 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Stellen für Schulsozialarbeit und Schül\*innenassistenz muss einhergehen mit der langfristigen Schaffung weiterer Stellen für Lehrkräfte.

Nach Diskussion der momentan von Ihnen geplanten Änderungen hat der (haben der)? Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Potsdam am 16.3.2023 (und der Ausschuss für Bildung und Sport am...) ? nachfolgenden Offenen Brief beschlossen. Wir bitten um Kenntnisnahme und Stellungnahme, vielen Dank.

Timo Reimann  
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

(Tina Lange  
Vorsitzende Ausschuss für Bildung und Sport) ?

**Offener Brief des Jugendhilfeausschusses sowie des Ausschusses für Bildung und Sport  
der Landeshauptstadt Potsdam an die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport  
des Landes Brandenburg**

Sehr geehrte Frau Ministerin Ernst,

als Mitglieder der fachlich zuständigen Ausschüsse der Landeshauptstadt Potsdam haben wir die Ankündigung aus Ihrem Haus zu geplanten Stundenkürzungen für Lehrkräfte in Schulzentren, für Flex-Klassen, für Teilungs-, Differenzierungs- und Ganztagsangebote sowie individuelle Förderung mit großer Bestürzung zur Kenntnis genommen.

Eine Umsetzung dieser Kürzungen konterkariert nicht nur die jahrelange Arbeit der Pädagog:innen, Erzieher:innen und Sozialarbeiter:innen im Bildungssystem – sie gefährdet vor allem Bildungsgerechtigkeit und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig. In dieser Einschätzung wissen wir uns einig mit Gewerkschaften, Eltern und Schüler:innen sowie den vielen Akteur:innen der Jugendhilfe, die im System Schule aktiv sind.

Wir protestieren entschieden gegen die Umsetzung dieser Kürzungen und fordern Sie nachdrücklich auf, von diesen Plänen Abstand zu nehmen!

Gerade die Lehrerwochenstunden-Kontingente zur Förderung und Integration ermöglichen vielen Kindern und Jugendlichen erst, die curricularen Angebote der Schule für sich schöpferisch nutzen zu können. Die Einschränkungen während der Pandemie, der Krieg in der Ukraine mit einer großen Zahl geflüchteter Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien – all das fordert unsere Schulen bis an ihre Grenzen und zum Teil auch darüber hinaus. Fragen von Chancengerechtigkeit und Perspektiven in einer sich rasant verändernden Gesellschaft betreffen in besonderem Maße Schüler:innen an Grund- und weiterführenden Schulen. Hier werden Klassenteilungen, Flexklassen und Ganztagsangebote dringend für die Kompetenzentwicklung junger Menschen und ihre individuelle Förderung benötigt. Die pädagogischen Möglichkeiten der Lehrkräfte beispielsweise durch Förderstunden und kleinere Arbeitsgruppen können nicht durch Umverteilung an andere Professionen kompensiert werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Arbeit im System Schule mit ergänzenden Angeboten der Jugendhilfe zu unterstützen und damit auch Defizite in der Unterstützung durch das Land zu kompensieren. Es ist gelungen, alle staatlichen Schulen mit Schulsozialarbeiter:innen auszustatten. Zusätzliche Projekte werden umfangreich über das städtische Förderprogramm PLUS realisiert. Diese Unterstützung reagiert in besonderem Maße auf die bereits bestehenden Herausforderungen im Schulalltag entsprechend der Vorgaben des KJSG. Sie trägt durch präventive pädagogische Angebote für alle Schüler:innen dazu bei, zukünftigen Problemlagen vorzubeugen. Weder in ihrer inhaltlichen Ausrichtung noch in ihren Kapazitäten ist sie aber für Krisenintervention und unterrichtliche Förderung ausgerichtet und geeignet.

Durch die von Ihnen beabsichtigte Absenkung der Lehrkräftestellen gerade in diesen sensiblen Arbeitsfeldern würde unsere Arbeit komplett konterkariert. Eine ohnehin

herausfordernde Situation für alle Beteiligten droht in den Krisenmodus zu kippen. Die Erfolge eines über Jahre in intensiven fachlichen Prozessen und unter Einbindung aller relevanten Akteure aufgebauten Unterstützungs-Systems würden zunichte gemacht. Das können, wollen und werden wir nicht akzeptieren!

Mit diesem Brief schließen wir uns den Protesten der GEW, des Fachverbandes BPV und den Initiativen von Kindern, Jugendlichen und Eltern ausdrücklich an und fordern Sie auf:

Nehmen Sie Abstand von den geplanten Stundenkürzungen! Arbeiten Sie stattdessen an Plänen für einen Ausbau der multiprofessionellen Arbeit an Schulen durch zusätzliche Stellen zur Stärkung sozial- und sonderpädagogischer sowie schulpsychologischer Unterstützungssysteme und Entlastung von Verwaltungsarbeit, damit eine Entwicklung zu mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit und zu Inklusion möglich wird – für alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg!

Mit freundlichen Grüßen

für den Jugendhilfeausschuss  
Timo Reimann  
Vorsitzender

für den Ausschuss für Bildung und Sport  
Tina Lange  
Vorsitzende